

Risikobeschreibung und Besondere Bedingungen für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von freiberuflichen Forstsachverständigen

1. Risikobeschreibung

Versichert ist die gesetzliche Haftpflicht des Versicherungsnehmers als Forstsachverständiger aus der

1.1 freiberuflichen Beurteilung bestehender Verhältnisse

einschließlich der Tätigkeit als Gerichts- und Schiedsgutachter.

Zur gutachtlichen Beurteilung bestehender Verhältnisse gehören

z. B. Bewertungen, Beschaffenheits- und Eigenschaftsuntersuchungen,

Schadenermittlungen, gutachtliche Stellungnahmen zu behaupteten

Mängeln und Fehlern.

1.2 rechtlich zulässigen Tätigkeit als Unternehmensberater.

Unternehmensberatung im Sinne dieser Bedingungen ist die betriebswirtschaftliche Beratung eines Dritten.

Beratung im Sinne dieser Bedingungen umfasst die Feststellung und Beurteilung des Ist-Zustandes, die daraus resultierende Erarbeitung von Maßnahmen sowie die Mitwirkung bei deren Umsetzung. Als Mitwirkung bei der Umsetzung gilt z.B. auch Interimsmanagement, wenn die Tätigkeit in arbeitnehmerähnlicher Position ausgeübt wird und keine Organstellung eingenommen wird.

In teilweiser Abweichung von § 4 Ziff. 3 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen zur Haftpflichtversicherung für Vermögensschäden (AVB) gilt die Empfehlung von Geld-, Grundstücks- und anderen wirtschaftlichen Geschäften – vorbehaltlich der Regelungen gem. Ziff. 2.5 c) - als mitversichert.

2. Besondere Bedingungen

2.1 Nachmeldefrist

Abweichend von § 2 I AVB umfasst die Versicherung die Folgen aller vom Beginn des Versicherungsschutzes an (§ 3 II AVB) bis zum Ablauf des Vertrages vorkommenden Verstöße, die dem Versicherer nicht später als 3 Jahre nach Beendigung des Versicherungsvertrages gemeldet werden.

2.2 Ansprüche nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Versicherungsschutz besteht auch für den Fall, dass der Versicherungsnehmer aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts wegen Benachteiligungen für einen Personen-, Sach- oder Vermögensschaden auf Schadensersatz in Anspruch genommen wird. § 4 Ziff. 10 AVB findet insoweit keine Anwendung.

Der Versicherungsschutz umfasst auch Ansprüche in Zusammenhang mit Abschnitt 3 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) - „Schutz vor Benachteiligungen im Zivilrechtsverkehr“.

Mitversichert sind Haftpflichtansprüche auf Ersatz eines immateriellen Schadens.

Die Höchstersatzleistung des Versicherers für Schäden durch Benachteiligung beträgt 50.000,00 Euro je Versicherungsfall und zugleich für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres unter Anrechnung auf die im Versicherungsschein genannte Versicherungssumme.

2.3 Vertrauensschäden

In teilweiser Abweichung von § 4 Ziff. 4 AVB besteht Versicherungsschutz für Schäden, die durch vorsätzliche Straftaten durch Angestellte des Versicherungsnehmers unmittelbar am Vermögen des Auftraggebers entstehen. Nicht versichert sind Schäden, die durch entgangenen Gewinn oder Vertrags- bzw. Ordnungsstrafen entstanden sind, sowie sonstige mittelbare Schäden des Auftraggebers.

Die Höchstersatzleistung des Versicherers beträgt 50.000 Euro je Versicherungsfall und zugleich für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres unter Anrechnung auf die im Versicherungsschein genannte Versicherungssumme.

2.4 Selbstbehalt

Abweichend von § 3 III Ziff. 4 AVB ist kein Selbstbehalt vereinbart.

2.5 Risikobegrenzungen

In Ergänzung von § 4 AVB bezieht sich der Versicherungsschutz nicht auf Haftpflichtansprüche

- a) aus Berechnungen, die nicht auf anerkannten betriebswirtschaftlichen Grundsätzen beruhen, sowie aus versicherungsmathematischen Gutachten;
- b) aus dem Treffen von Entscheidungen anstelle des Auftraggebers;
- c) aus der Anlage-, Versicherungs- und Vermögensberatung;
- d) aus Fehlern bei technischen Tätigkeiten, jeglicher technischer Beratung, insbesondere bei der Planung, Konstruktion oder Berechnung von Fabriken, Gebäuden, Maschinen und Anlagen sowie bei jeglicher Tätigkeit als beratender Ingenieur;
- e) aus Prospekthaftung;
- f) aus IT-Tätigkeiten, soweit sie über Bedarfsanalyse, Organisationsberatung oder Schulungen hinausgehen;
- g) wegen Schäden aus einer Tätigkeit für Auftraggeber, die mit dem Versicherungsnehmer durch Personalunion, Gesellschaftsverhältnis oder Kapitalbeteiligung verbunden sind;
- h) die darauf beruhen, dass die Wasserbeschaffenheit eines Gewässers nachteilig verändert wurde oder ein Umweltschaden im Sinne des Umweltschadengesetzes oder die unmittelbare Gefahr eines solchen verursacht wurde.